

Russland und der Westen im Südkaukasus Miteinander oder gegeneinander?



VON UWE HALBACH

Ein Jahrzehnt nach dem Zerfall der Sowjetunion stellt die kaukasische Region – oder sollte man besser sagen die kaukasische Nicht-Region - ein konflikthaftes Labyrinth aus diversen und kontroversen politischen Einheiten dar. Im *Südkaukasus* bilden drei unabhängig gewordene Staaten und drei Sezessionsgebilde diese Landschaft, hinzu kommen Landesteile Georgiens wie das Pankisi-Tal oder autonome Gebietsherrschaften wie Adscharien, die sich – unterhalb der Sezessionschwelle - dem Gewaltmonopol der Zentralregierung entziehen oder vorübergehend entzogen haben. Im *Nordkaukasus* finden wir sieben nationale Teilrepubliken der Russischen Föderation vor, darunter abstruse binationale Gebilde wie Kabardino-Balkarien oder Karatschajewo-Tscherkessien, ein schillerndes polyethnisches Gebilde namens Dagestan und Tschetschenien, das bis heute den Schauplatz eines schmutzigen Kriegs und der größten humanitären Katastrophe im Raum der OSZE darstellt.

Mit dieser fragmentierten Erscheinung hebt sich Kaukasien im so genannten „postsowjetischen“ Raum noch vor Zentralasien hervor. Dort ist die politisch-territoriale Gliederung überschaubarer, obwohl sich auch dort Konflikte entfalten haben. Kaukasien bildet eine von Demarkationslinien und Blockaden durchsetzte Parzellenlandschaft, die das historische Schlagwort der „feudalen Zersplitterung“ provoziert. Dieser Zustand behindert zwei Hauptoptionen internationaler, besonders europäischer Politik für die Region:

1. Als Konfliktlabyrinth kann Kaukasien seine Funktion als Transitkorridor zwischen Europa und Asien, insbesondere für den Transport kaspischer Energierohstoffe, nur schwerlich erfüllen.

2. Dringend notwendige regionale Zusammenarbeit kommt nur ansatzweise zustande. Dabei sind die drei südkaukasischen Staaten für sich alleine zu schwach für eine tragfähige Selbstbehauptung. Noch zusammengenommen lagen ihre Nationalprodukte gegen Ende des ersten nachsowjetischen Jahrzehnts mit kaum mehr als 10 Mrd. Dollar unter dem Niveau des kleinsten deutschen Bundeslandes Bremen. Eine Studie der Weltbank aus dem Jahr 2000 schätzte, dass nach Aufhebung der konfliktbedingten regionalen Blockaden und Schranken zum Beispiel das Nationalprodukt Armeniens um 30% wachsen würde.(1)

Dabei sind die konfliktbedingten Hemmnisse für Wirtschaftsentwicklung noch nicht einmal das größte Problem. Das liegt nämlich in dem gravierenden Sicherheitsdefizit kaukasischer Gesellschaften, ein Zustand, der nach dem 11. September in den Vordergrund westlicher Kaukasusperzeption treten musste. Kaukasien ist eine Region, die noch nie ein effektives Sicherheitssystem aus eigener Kraft entwickelt hat. Die kurze erste Unabhängigkeitsperiode Georgiens, Armeniens und Aserbaidschans – die Zeit von 1918 bis 1921 – war ein Desaster, was die Sicherheit der jungen Republiken betraf. Die zweite begann 1990/91 unter Umständen, die kaum günstiger waren. In der Zeit dazwischen war der Region ihr Sicherheitssystem von außen auferlegt und bildete einen Teil des sowjetischen Zentralismus, der Kooperation zwischen Unionsrepubliken – in diesem Fall zwischen Georgien, Armenien und Aserbaidschan - keineswegs förderte.(2)

Im Kaukasus lebten in den frühen 90er Jahren Gewaltkulturen auf, kam es zur Privatisierung von Gewalt, entstanden bewaffnete Formationen außerhalb staatlicher Kontrolle, die teilweise aber auch von staatlichen Agenturen in Dienst gestellt wurden. Hinter poetischen Namen wie „Mchedrioni“ (Ritter) oder „Waldbrüder“ verbargen sich Guerilla-, Söldner- und Gangsterformationen, die deutlich machten, wie sehr das staatliche Gewaltmonopol erodiert war bzw. dass es unter den Bedingungen staatlicher Unabhängigkeit noch gar nicht errichtet war. Nichtstaatliche Gewaltakteure, oft in Drogengeschäfte oder andere Formen der Kriminalität verwickelt, traten in allen

südkaukasischen Sezessionskonflikten in Erscheinung, ganz zu schweigen von der Entwicklung in Tschetschenien und anderen Teilen des Nordkaukasus. Viele von ihnen – wie die Mchedrioni – sind inzwischen verschwunden, so dass die Situation heute zumindest im Südkaukasus etwas zivilisierter aussieht als vor zehn Jahren. Aber die Sicherheitsstrukturen sind angesichts der ungelösten Sezessionskonflikte und des schmutzigen Kriegs im Nordkaukasus nach wie vor prekär.(3)

Prekär sind aber nicht nur die Strukturen und Beziehungen innerhalb dieser kaukasischen Parzellenlandschaft. Auch die internationalen Beziehungen in der Region passten im ersten nachsowjetischen Jahrzehnt eher in vergangene Zeitalter. An keiner anderen Stelle des postsowjetischen Raums polarisierten sich außen- und sicherheitspolitische Beziehungen so stark wie hier. Pro- und anti-russische, pro- und anti-türkische, pro- und antiiranische Einstellungen stießen hier aufeinander. Man stellte – freilich in grober Vereinfachung - schon die Bildung gegenläufiger geostrategischer Achsen fest: Eine Ost-West-Achse „Baku-Tiflis-Ankara-Washington“ wurde einer Nord-Süd-Achse „Moskau-Jerewan-Teheran“ gegenüber gestellt. Gerade über die konfliktreichste Region des zerfallenen sowjetischen Imperiums bildeten sich also antagonistische außenpolitische Beziehungen und kontroverse Interessen externer Akteure heraus.

Der Kaukasusexperte Thomas de Waal brachte das Sicherheitsdefizit der Region in einem Vortrag auf einem Seminar der Parlamentarischen Versammlung der Nato mit folgendem Bild zum Ausdruck: „Derzeit erinnert mich das Sicherheitssystem im Kaukasus an ein Haus nach einem mittelschweren Erdbeben. Wände sind versetzt, einige Stockwerke eingefallen. Die Besitzer haben kein Geld, es ordentlich zu reparieren, aber sie haben es sich wieder einigermaßen wohnlich eingerichtet. Aber für einen Außenstehenden ist es offensichtlich, dass das Haus zerstört ist und gefährdet und dass mit einem weiteren Erdbeben die ganze Struktur einfallen kann. Um das Haus wirklich wieder bewohnbar zu machen, müssen Reparaturen an der ganzen Struktur vorgenommen werden, nicht nur an ein paar Teilen. Das ganze Haus braucht Elektrizität, neue Etagen, ein neues Dach. Diese Reparatur ist nicht nur Aufgabe der Gesellschaften des Südkaukasus, es ist Aufgabe aller Außenstehenden, die sich um die Zukunft dieser Region Gedanken machen.“(4)

Sieht man einmal von traditionellen regionalen Einflussmächten wie Türkei und Iran ab, werden diese Außenstehenden zumeist pauschal in Russland und den Westen unterteilt. Mit der Ausdehnung westlicher, vorwiegend amerikanischer Sicherheitspolitik im kaspischen Raum nach dem 11. September hat diese Einteilung noch an Bedeutung gewonnen. Sie ist freilich eine unzulässige Vereinfachung. Der Westen ist keine Einheit. Im Kaukasus selber macht man einen Unterschied zwischen den USA, die als strategisch präsent empfunden werden und z.B. in Georgien als Sicherheitsgarant herbeigesehnt wurden, und einer eher „weichen Präsenz“ Europas, das hier zwar entwicklungspolitisch engagiert ist und zu einem Hauptgeber für die südkaukasischen Staaten geworden ist, aber strategisch bislang kaum Flagge gezeigt hat. Und Europa selber wird nicht als Einheit wahrgenommen. In Georgien denkt man bei Europa in erster Linie an Deutschland, in Armenien eher an Frankreich, in Aserbaidschan an Länder wie Großbritannien, deren Erdölfirmen eine Rolle auf den Weltenergiemärkten spielen.

Russland als Akteur im Kaukasus

Wenn wir davon ausgehen, dass ein Beitrag zur Stabilisierung Kaukasiens „Reparaturen an der ganzen Struktur“ anstreben muss, dann ist Russland derjenige externe Akteur der am wenigsten diese Notwendigkeit zu berücksichtigen scheint. Moskau hat sich bis heute nicht von dem Verdacht befreien können, gerade in dieser Region eine Strategie des „Teile und Herrsche“ zu verfolgen. Es ist in Kaukasien nicht bloß ein externer Akteur. Es steckt historisch, psychologisch, geostrategisch zutiefst in dieser Region drin.

Sie hat für Russland eine ganz andere strategische, wohl auch psychologische Bedeutung als z.B. Zentralasien. Worin liegt diese Besonderheit? Ich möchte zur Beantwortung dieser Frage mit einer von dem Begriff „nahes Ausland“ ausgehenden Terminologie operieren. Dieser Terminus wurde in der russischen Diplomatie vorübergehend zur Bezeichnung der Nachbarn im GUS-Raum benutzt, der unabhängig gewordenen ehemaligen Sowjetrepubliken, und brachte zum Ausdruck, dass man in Russland Schwierigkeiten damit hatte, diese Staaten als vollständiges, d.h. souveränes Ausland anzuerkennen. In der Gesamtregion Kaukasien – also Nord- und Südkaukasien – greifen drei Bezugsbereiche russischer Politik ineinander, die man als Russlands „inneres“, „nahes“ und „fernbes Ausland“ bezeichnen kann. Im Nordkaukasus findet Russland in krisenhaften muslimischen

„Föderationssubjekten“ wie Dagestan, ganz zu schweigen von Tschetschenien, sein „inneres Ausland“ vor. Die Krisen- und Konfliktlagen im Nordkaukasus korrespondieren nun aber mit denen im Südkaukasus. Abchasien, Südossetien, Pankisi, die „lesghinische Frage“ zwischen Dagestan und Aserbaidschan, die Anwesenheit tschetschenischer Flüchtlinge in Georgien und Aserbaidschan – all dies bildet kritische Transferstellen zwischen nord- und südkaukasischen Konfliktlandschaften. Die Entwicklung in Russlands „nahem Ausland“ im Südkaukasus und seine repressive Politik zum Beispiel gegenüber Georgien tangieren wiederum die Außenpolitik des „fernen Auslands“, vor allem die der USA, die den Südkaukasus und die weitere kaspische Region zu ihrer Interessenszone erklärt haben. An dem dramatischsten Ereignis russischer Kaukasuspolitik wird dieses Ineinandergreifen deutlich: Die beiden von Russland mit Nachdruck zu seiner „inneren Angelegenheit“ deklarierten Tschetschenienkriege hatten substantiellen Einfluss auf die russische Politik gegenüber Georgien und Aserbaidschan und damit auch auf das Verhältnis zu externen Akteuren, die sich für die Souveränität dieser Staaten stark machen.

Russland hat der Verflechtung nord- und südkaukasischer Entwicklungen in einer Initiative gegen Ende des ersten Tschetschenienkriegs Rechnung zu tragen versucht. Im Juni 1996 traf sich Präsident Jelzin in Kislowodsk mit seinen Amtskollegen aus Georgien, Armenien und Aserbaidschan und den Führern nordkaukasischer Regionen und Republiken. Zu mehr als zu einer Deklaration „Für Eintracht, Frieden, wirtschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit zwischen den Völkern des Kaukasus“ hat dieser „Prozess von Kislowodsk“ nicht geführt. Vielmehr hat sich gerade in den Jahren danach die Wahrnehmung in Russland verschärft, der gesamte Kaukasus, auch der zum eigenen Staatsterritorium gehörende Nordkaukasus, sei zu einer Angriffsfläche externer Kräfte zur Verdrängung Russlands aus seinen angestammten Herrschaftsgebilden geworden. Typisch für diese geopolitische Wahrnehmung war zum Beispiel eine Erklärung der russischen Staatsduma über die Situation in Dagestan vom September 1998: „Aufgrund seiner geopolitischen Lage, der geschwächten Position Russlands im Nordkaukasus und der unregelmäßigen Lage in Tschetschenien wurde Dagestan zu einem Zentrum der erhöhten Aufmerksamkeit verschiedener ausländischer Geheimdienste sowie von Ölmonopolen und extremistisch ausgerichteten religiösen Gruppen“. (5) In diesem Bedrohungsszenarium verbinden sich westliche Geheimdienste mit islamistischen Akteu-

ren, ethnischer und religiöser Extremismus mit Erdöl und Pipelinepolitik. Hinter solchen Äußerungen kam eine Tendenz zum Vorschein, die nachfolgend Moskaus Stellungnahme zum zweiten Tschetschenienkrieg dominierte – die Tendenz, hausgemachte Probleme im Nordkaukasus mit externer Bedrohung zu erklären.

Umgekehrt fühlten sich im Südkaukasus unabhängig gewordene Staaten wie Georgien und Aserbaidschan noch weit stärker als Objekt russischer Machtpolitik als andere Staaten im postsowjetischen Raum. Ausschlaggebend dafür war die Rolle, die Sezessionskonflikte in dieser Region spielten, und der Umgang Moskaus mit solchen Konflikten. Drei von vier postsowjetischen Sezessionsrepubliken liegen im Südkaukasus, die vierte ist das von Moldova abtrünnige Transnistrien. (6) In allen Fällen machten die jeweiligen „Metropolitanstaaten“ – Georgien, Aserbaidschan, Moldova – Russland den Vorwurf, die separatistischen Kräfte zu unterstützen oder zumindest vorübergehend unterstützt zu haben. In Tiflis und Baku behält man bis heute machtpolitische Töne aus Moskau in Erinnerung, wie sie z.B. 1997 in einem inoffiziellen Strategiepapier zur GUS geäußert wurden: Es stellte Instrumente für die Wahrung russischer Einflussmacht im gesamten nachsovietischen Raum zusammen, die von Wirtschaftsblockaden über die Nutzung der russischen Diaspora im nahen Ausland bis zur Steuerung innerstaatlicher Konflikte reichte. (7) Vor dem Hintergrund solcher Überlegungen in der russischen geostrategischen Literatur war es kein Wunder, dass hinter innenpolitischen Erschütterungen und Intrigen in Georgien und Aserbaidschan, z.B. hinter Anschlägen auf die Präsidenten Schewardnadse und Alijew, stets der lange Arm Moskaus vermutet wurde. Der Druck auf die beiden Staaten hatte jedoch eher den Effekt, dass sie in ihrer Distanzierung von Russland bestärkt wurden. Territoriale Integrität zu wahren bzw. wiederherzustellen und sich gegen die sie untergrabenden internen und externen Kräfte zu wappnen wurde zu einem Schlüsselmotiv für die Außen- und Sicherheitspolitik dieser Staaten und führte Georgien, Aserbaidschan und Moldova zum Beispiel im Rahmen der GUUAM zusammen. Dagegen war Moskau dabei behilflich, ein Kommunikations- und Kooperationsforum für die vier Sezessionsgebilde von Transnistrien bis Berg-Karabach herzustellen.

Allerdings bedürfen alle Äußerungen über die Kaukasuspolitik Moskaus besonders in der Jelzin-Periode einer relevanten Einschränkung: Es gab eine solche Politik eigentlich nicht. Nicht im Sinne eine kohärenten, professionellen Außenpolitik.

Das Gefühl von Unsicherheit, das Georgien und Aserbaidschan Russland entgegenbrachten, entstammte nicht zuletzt der Inkohärenz russischer Politik in der Region. An der konzeptionslosen Kaukasuspolitik war und ist größtenteils bis heute eine Vielzahl von Akteuren beteiligt: der Präsidialapparat, das Außenministerium, das Verteidigungsministerium, die Staatsduma, die Energielobby, einzelne Politiker wie Beresowskij u.a. Für russische Politik gegenüber dem weiteren kaspischen Raum gab es divergierende Interessenlagen im Energiekomplex, im Militärisch-Industriellen Komplex, im neuen **Ansatzpunkt in der Region westliche Beobachter zwei Hauptlinien heraus:** Eine „geopolitische“ Linie zielt darauf ab, den kaspischen Raum und besonders seinen kaukasischen Abschnitt mit machtpolitischen Mitteln in einer wenn auch nicht mehr exklusiven, so doch vorrangig russischen Einflussosphäre zu halten. Eine „pragmatische“ Linie stand für Ökonomisierung der nationalen Interessen und legte den Akzent auf die Beteiligung russischen Kapitals an der Erschließung und Förderung der kaspischen Energieressourcen.

Mit Putin schien zunächst die „pragmatische“ Linie die Oberhand zu gewinnen. Putin wollte die Position Russlands im Südkaukasus erweitern, über die exklusive Beziehung zu Armenien hinaus auf eine breitere Grundlage stellen. Die Beziehungen mit Aserbaidschan verbesserten sich seit seinem Besuch in Baku im Januar 2001, dem ersten eines russischen Präsidenten in Aserbaidschan. Putin fand einen besseren Draht zu Alijew als sein Amtsvorgänger Jelzin. Die Beziehungen mit Georgien verbesserten sich in der bisherigen Putin-Ära allerdings nicht. Sie eskalierten in den letzten zwei Jahren bis an den Rand militärischer Auseinandersetzung.

Auf der wirren Akteursebene russischer Kaukasuspolitik wollte Putin Ordnung schaffen. Aber gerade in einem Kernbereich russischer Kaukasuspolitik, nämlich beim Vorgehen in und gegenüber Tschetschenien, gelang dies nicht. Gerade während des zweiten Tschetschenienkriegs kam es hier statt zur Bereinigung zu einem Wirrwarr aus konkurrierenden Zuständigkeiten für die militärische Unterwerfung, die administrative Wiedereingliederung und den wirtschaftlichen Wiederaufbau der abtrünnigen Republik. In diesem Sumpf versickerten nicht nur gewaltige Summen Geld, sondern auch sämtliche Ansätze zu einer „Zivilisierung“ des schmutzigen Kriegs im Nordkaukasus. Dieser als „Anti-Terror-Operation“ deklarierte Krieg erweist sich in höchstem Maße als Terror gegen die

Zivilbevölkerung. In ihm sind auf beiden Konfliktseiten, auf der Seite der russischen Armee wie auch im gespaltenen Lager der tschetschenischen Kombattanten, „Konfliktunternehmer“ hervorgetreten, die kein Interesse an einer friedlichen Konfliktlösung haben.

Die Entwicklung nach dem 11. September

Der 11. September machte Terrorismusbekämpfung zur globalen Herausforderung, warf ein Schlaglicht auf die Umgebungen des afghanischen Konfliktherds, so auf Zentralasien, und verstärkte die Aufmerksamkeit internationaler Politik für unregelmäßige Regionalkonflikte, womit besonders auch der Kaukasus ins Blickfeld geriet.⁽⁸⁾ Heute gibt es kaum noch Regionalkonflikte zwischen Südostasien und dem Balkan, an dem nicht das Element des internationalen Terrorismus irgendwie andockt, und kaum noch solche mit Beteiligung einer muslimischen Konfliktpartei, in die sich nicht irgendwie das Element des Dschihad-orientierten Islamismus einmischt.

Das kaukasische Konfliktlabyrinth orientierte auf seine Weise auf das weltpolitische Schlagwort vom „war on terrorism“. Jede einzelne Konfliktseite in der Region war bemüht, die internationale Kampfansage gegen Akteure und Unterstützer von Terrorismus gegen ihren spezifischen Konfliktgegner zu richten. Ein Kernpunkt in diesem Wirrwarr der Terrorismusbekämpfung war die Gleichsetzung von „Terrorismus“ und „Separatismus“, die vor allem von Russland mit Blick auf seinen Krieg in Tschetschenien betrieben wurde.

Aserbaidschan klassifizierte Armenien als einen Terrorismus unterstützenden Staat und machte eine terroristische Struktur in Berg-Karabach aus. Russland brachte verstärkt die internationalen Verbindungen „terroristischer Formationen“ in Tschetschenien ins Spiel, präsentierte eine Liste von Unterstützerstaaten, zu denen Georgien und Aserbaidschan gezählt wurden; Georgien verwies auf die Unterstützung südkaukasischer Sezessionen durch Moskau und auf den Druck, den Moskau unter dem Vorwand der „Bekämpfung von Terrorismus“ auf Nachbarstaaten ausübt und bezeichnete Abchasien als einen Hort von Terrorismus; Abchasien wies im Gegenzug auf einen Aufmarsch georgischer und tschetschenischer Kampfseinheiten in der Kodori-Schlucht, Russland auf das Pankisi-Tal als „Mini-Afghanistan“ und „Terrorismusenklave“ hin.

Terrorismusbekämpfung wurde aber auch zur Kooperationsformel, zum Beispiel bei der Intensivierung türkischer

Kaukasuspolitik. Außenminister Cem bereite seit November 2001 ein trilaterales Sicherheitsabkommen zwischen Ankara, Tiflis und Baku vor, das Kooperation zwischen den Sicherheitsorganen der drei Staaten vorsieht. Im April 2002 kamen die drei Präsidenten in Trabzon zusammen und unterzeichneten Kooperationsabkommen über Pipeline-Sicherheit, Terrorismusbekämpfung, gemeinsames Vorgehen gegen organisierte Kriminalität. Präsident Schewardnadse hatte schon im Vorjahr zum Ausdruck gebracht, Georgien wolle lieber das Nordende einer von der Türkei ausgehenden Sicherheitsachse als das Südende einer von Russland ausgehenden bilden.

Entscheidend war aber angesichts der nun folgenden Ausweitung internationaler Sicherheitspolitik im „postsowjetischen“ Raum die Interaktion zwischen Moskau und Washington. Hier lag Potenzial sowohl für ein neues Miteinander als auch für ein Gegeneinander im Sinne des oft zitierten neuen „Great Game“ im Süden Eurasiens. Präsident Putins dezidierte Unterstützung für Washingtons „war on terrorism“ schloss Akzeptanz für westliche Militärbasen in Zentralasien ein. Es zeigte sich aber, dass eine Ausdehnung westlicher Sicherheitspolitik und militärischer Präsenz in den Kaukasus auf weit aus größere russische Empfindlichkeit stieß, obwohl sie weit unter dem Ausmaß der Stationierung von bislang mehr als 3500 Soldaten in Kirgistan und Usbekistan lag. Es ging hier vor allem um das „train and equip“-Programm für Georgien (GTEP), eine Ausbildungs- und Ausrüstungsinitiative, die an bereits bestehende US-Militärhilfen für Georgien anknüpfte und weniger spektakulär gewesen wäre, wenn sie nicht in Verbindung mit Reizworten wie Pankisi und Al-Qaida gebracht worden wäre. Die Reaktionen auf diese Intensivierung georgisch-amerikanischer Sicherheitskooperation im Frühjahr 2002 fielen in der russischen politischen Öffentlichkeit und in den Medien des Landes äußerst gereizt aus. Dabei zeigte sich deutlich, dass Russland auf geopolitische Veränderungen im Kaukasus stärker reagiert als auf solche in Zentralasien.

Europa als Stabilitätspartner

Anders als Zentralasien wurde der Südkaukasus von der Europäischen Union nicht erst nach dem 11. September entdeckt. Die EU entwickelte seit 1992 zunächst über humanitäre Hilfe im Zusammenhang mit den Regionalkonflikten, dann über regionsübergreifende Infrastrukturprogramme im Rahmen von TACIS, seit 1995 über Partnerschafts- und Kooperationsabkommen ihre Beziehun-

gen zu den drei Staaten im Südkaukasus. Seit 1999 sind alle drei im Europarat vertreten. Europa war in den neunziger Jahren der größte Geber für die südkaukasische Region. Seine Interessen an der Region wurden besonders mit der energiewirtschaftlichen Bedeutung des kaspischen Raums beschrieben, an der die südkaukasische Region mit Aserbaidschan als Erdöl- und Erdgasproduzent und Georgien als Schlüsselland für den Transit kaspischer Energierohstoffe nach Europa Anteil hat. Energierohstoffe und Pipelines und die Konkurrenz auswärtiger Akteure um wirtschaftlichen und strategischen Einfluss in der Region sind zweifellos wichtige Bedingungsfaktoren für die Frage von „Miteinander oder Gegeneinander“, aber das so genannte „neue Great Game“ wurde auch zu einer Erklärungs-schablone für schlichtweg alles, was zwischen Kaukasus und Pamir im ersten nachsowjetischen Jahrzehnt passierte. Für die Weltversorgung mit Erdöl und Erdgas wird der kaspische Raum nie die strategische Alternative zum Golf sein; für die Energieversorgung Europas könnte er jedoch bedeutsam werden.

Aber seine Bedeutung für Europa liegt noch in einer anderen Dimension. Und da kommen wir wieder auf den Ausgangspunkt zurück, auf das Sicherheitsdefizit der kaukasischen Nicht-Region. Im Nordkaukasus wird unter dem fragwürdigen Etikett der Terrorismusbekämpfung ein Krieg am Rande Europas geführt, dessen Gewaltausstrahlung im Oktober 2002 durch das Moskauer Geiseldrama deutlich wurde. Der Südkaukasus widerspricht allen Vorstellungen von regionaler Stabilität und Kooperation, mit denen Europa seine Optionen für die Entwicklung in der Region formuliert. Georgien stellte besonders im zurückliegenden Jahr eher ein Territorialmosaik als einen geordneten Staat mit territorialer Integrität und einem funktionierenden Gewaltmonopol der Regierung dar. Sein Staatsterritorium umfasste „no go areas“, wie das Pankisital, in denen sich diverse Gewaltakteure tummelten. Seine sicherheitspolitische und ökonomische Situation bildete günstige Voraussetzungen für Drogenhandel aus Asien nach Europa – mit kaum kontrollierten Landesteilen und einer offensichtlichen Verstrickung der Polizei in den Drogenhandel.⁽⁹⁾ Das von Jahr zu Jahr wachsende Misstrauen der Bevölkerung gegenüber den eigenen Staatsorganen und Machteliten richtete sich besonders gegen die Sicherheitsapparate, gegen jene Stellen, die für „law and order“ zuständig sein sollten. Hier wurde das größte und gefährlichste Ausmaß an Korruption verortet. Georgiens Nachbarn Aserbaidschan und Armenien sind gewiss auch nicht frei von den Grundübeln nach-

sowjetischer Gesellschaften wie Korruption, aber nach dem 11. September traten besonders die Probleme Georgiens und seiner Staatlichkeit hervor und dies sicherlich im Zusammenhang mit einer Verschärfung der Beziehungen dieses Landes zu seinem großen Nachbarn im Norden.

Der Kaukasus ist zu einer Region dramatischer Migrationen geworden. Das hat man in Europa erstmals 1997 zur Kenntnis genommen, als sich die Parlamentarische Versammlung des Europarats mit Bevölkerungsbewegungen im GUS-Raum beschäftigte und dabei die Situation von Flüchtlingen und Vertriebenen im Südkaukasus in den Vordergrund stellte. Zu diesem Zeitpunkt gab es bereits neun Mio. „unfreiwilliger Migranten“ in der GUS, wobei 1,5 Mio. auf Flüchtlinge und Vertriebene im Südkaukasus entfielen – etwa 10% der Gesamtbevölkerung dieser kleinen Region. Dazu kam das Flüchtlingsdrama der beiden Tschetschenienkriege, das hierbei noch gar nicht erfasst wurde. Zu diesen konfliktbedingten Migrationen kamen in den folgenden Jahren ökonomisch bedingte Auswanderungsbewegungen aus allen drei südkaukasischen Staaten hinzu – zum Beispiel Arbeitsmigration aus Georgien, Armenien und Aserbaidschan nach Russland. Die in offiziellen Statistiken über den Südkaukasus angegebenen Bevölkerungszahlen für die drei Länder stimmen zumeist nicht mehr. Georgien hat mit Sicherheit nicht mehr über fünf Millionen, Armenien nicht mehr über drei Millionen und Aserbaidschan nicht mehr über sieben Millionen Einwohner. Allein die aserbaidshanische Diaspora in Russland ist auf über zwei Millionen angewachsen.

Die geographische Nähe der kaukasischen Konfliktzonen zu Europa, die Migrationskonsequenzen sowie die Abhängigkeit der Wirtschaftsentwicklung im gesamten kaspischen Raum von der Lösung von Regionalkonflikten sorgen dafür, dass europäische Sicherheitspolitik an diesen Problemen nicht vorbeisehen kann. Schon im Dezember 2000 hatte das Europäische Parlament die EU-Kommission aufgefordert, im Rahmen einer „Südost-Dimension“ eine entsprechende Politik für Kaukasien auszuarbeiten.⁽¹⁰⁾ Ein Besuch der so genannten EU-Troika in den drei südkaukasischen Staaten signalisierte im Januar 2001, dass Europa in Zukunft eine aktivere politische Rolle in der Region anstrebe.

In Hinsicht auf unser übergeordnetes Thema „Miteinander oder Gegeneinander“ spielt es im kaspischen Raum eine Sonderrolle: Von allen denkbaren oder sichtbaren externen Akteuren in diesem Raum ist Europa derjenige, der ein Gegeneinander am stärksten ausschließen

möchte. Das gilt nicht oder nur bedingt von anderen Akteuren wie Russland, USA, Türkei, Iran. Europa ist ein besonders wohlmeinender Akteur in der Region, dessen Interessenprofil aber undeutlich bleibt. In Europa hat man sich Gedanken um das ganze Haus Kaukasien oder zumindest Südkaukasien gemacht, um an das Bild von Thomas de Waal anzuknüpfen. Man hat besonders länderübergreifende Ansätze bei Unterstützungsprogrammen für die Region hervorgehoben. Doch damit mussten sich europäische Kaukasuskonzepte besonders hart an den Realitäten der Region stoßen, denn keine andere Region im „postsowjetischen“ Raum ist von interner Kooperation weiter entfernt als diese. Ein Konzept wie der so genannte Kaukasus-Stabilitätspakt, der im Jahr 2000 in dem Brüsseler Zentrum für Europäische Politische Studien entwickelt wurde, erscheint angesichts der nach wie vor ungelösten Sezessionskonflikte als akademische Abstraktion. Einer seiner Autoren erwiderte auf eine dementsprechende Vorhaltung: Das Konzept mag unausgereift sein, aber es sei bislang das einzige Projekt umfassender regionaler Sicherheits- und Entwicklungspolitik für den Kaukasus überhaupt.

Kaukasische Sicherheitskooperation mit Russland

Zu einer umfassenden regionalen Sicherheitsstrategie für den Kaukasus gehört aus europäischer Sicht die Zusammenarbeit mit Russland. Die hat sich bislang am ehesten in der OSZE abgespielt und eigentlich auf Russlands Rolle in der Minsker Gruppe für Mediation im Karabach-Konflikt beschränkt.⁽¹¹⁾ Spielte Mitte der 1990er Jahre Jelzins damaliger Sondergesandte für diesen Konflikt, Wladimir Kasimirow, noch alles andere als eine kooperative Rolle, begannen die beiden westlichen Ko-Vorsitzenden, der amerikanische und französische Sondergesandte, seit 2001 die Rolle Russlands als „kooperativ“ zu bezeichnen. In den Sezessionskonflikten Georgiens, insbesondere im Abchasienkonflikt, ist Russland viel zu sehr interessierte Partei, um die Rolle eines Schlichters und ehrlichen Maklers spielen zu können. Hierin besteht das erste gravierende Problem für Friedenskooperation mit Russland im Kaukasus: Die härteste Barriere für Stabilitätsentwicklung in der Region bilden die ungelösten Sezessionskonflikte. Ihnen gegenüber kann Russland kaum die Rolle eines neutralen Mediators spielen. Aus der Sicht Aserbaidschans und Georgiens ist Russland hier stets Partei gewesen.

Das noch größere Problem hängt damit zusammen, dass man mit Blick auf „Reparaturen am ganzen Haus“ den Südkau-

kasus eben nicht vom Nordkaukasus trennen kann. Der Südkaukasus mit seinen drei souveränen Staaten ist für internationale Politik erreichbar, der Nordkaukasus nicht, gelten doch die dortigen krisenhaften Entwicklungen und Konflikte als „innere Angelegenheit“ Russlands und werden von Moskau mit größtem Nachdruck als solche deklariert. Eine Stabilisierung des Südkaukasus wird aber kaum möglich sein, wenn der Nordkaukasus die Krisen- und Konfliktperipherie Russlands bleibt. Und dass er die Schwachstelle im regionalen Gefüge der Russischen Föderation bleibt, ist leider sehr wahrscheinlich. Russlands eigene Ressourcen zur Stabilisierung dieser Region reichen offensichtlich nicht aus.

Das größte Problem ist in diesem Zusammenhang der Tschetschenienkrieg. Er bleibt eine Hauptquelle von Instabilität im gesamten Kaukasus und droht, eine überregionale Gewaltausstrahlung zu entwickeln. Wer hier mit Russland in Richtung einer politischen Lösung kooperieren will, muss sich gegen Täuschungs- und Selbsttäuschungsversuche russischer Politik wappnen. Was Moskau seit dem Jahr 2000 als „Beruhigung“ der Lage in der abtrünnigen Republik, als „Wiederaufbau“ und als „Tschetschenisierung“ des Konflikts präsentiert, ist eindeutig eine „Normalisierungsattrappe“, die von der Gewalt und dem Elend in Tschetschenien auf das heftigste konterkariert wird.

Endnoten:

- (1) Evgeny Polyakov: *Changing Trade Patterns after Conflict Resolution in the South Caucasus*. Washington DC: The World Bank, 2000.
- (2) Nicht-Region. Brüchige Sicherheit im Kaukasus. *Georgien-News.de. Das Internet-Magazin aus Georgien*. Ausgabe 16/02, 23. Oktober 2002, S.1 v 6.
- (3) Thomas de Waal: (In)security in the Caucasus, http://www.iwpr.net/index.pl?archive/cau/cau_200212_tom_essay.txt.
- (4) Zitiert in: Nicht-Region, *Georgien-News.de. Das Internet-Magazin aus Georgien*, Ausgabe 16/02, 23. Oktober.
- (5) Postanovlenie Gos Dumy Federal'nogo Sobranija Ross Fed „O situacii, slozivsejsja v respublike Dagestan“, 2.9.1998, zit. Lobova, S. 67.
- (6) Zur komparatistischen Forschung über diese vier „postsowjetischen“ oder „eurasischen“ Sezessionsstaaten siehe: Dov Lynch: *Managing Separatist States: A Eurasian Case Study. PSIS Occasional Papers*, Nr. 32, 2001; Charles King: *The Benefits of Ethnic War. Understanding Eurasia's Unrecognized States*, in: *World Politics*, Vol. 53, No. 4, July 2001, S. 525-553.

(7) SNG. Načalo ili konec istorii? (Die GUS: Anfang oder Ende der Geschichte?), in: *Nezavisimaja gazeta*. Der Artikel wurde damals anonym publiziert. Als seine Autoren wurden aber Konstantin Zatulin vom Moskauer GUS-Institut und Andranik Migranjan identifiziert.

(8) Dazu besonders: Gernot Erler: Regionale Konflikte in der Perspektive der „Nach-September-Welt“: Neue Optionen für den Südkaukasus? *Osteuropa*, 2/2002, S. 146-158, Zit. S. 151.

(9) Eka Anjaparidze: Police Collude in Georgian Drug Trade, *Caucasus Report Series*, 23.5.2002.

(10) Entschließung vom 13. Dezember 2000 zur Umsetzung einer gemeinsamen Strategie der EU für Russland (AB1.C 232 vom 17.8.2001, S. 176).

(11) Dazu ausführlich: Rexane Dedashti, Internationale Organisationen als Vermittler in innerstaatlichen Konflikten. Die OSZE und der Berg Karabach-Konflikt. Studien der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung, Band 34, Frankfurt/New York 2000.